

Im Dezember 1983 genehmigte das thailändische Erziehungsministerium die Verwendung von vereinfachten chinesischen Schriftzeichen. Chinesisch wird in 150 Schulen des Landes gelehrt (XNA, 19.12.83).

Im April 1984 begann auch die Politik der Patenschaften. Als erstes schlossen die Stadt That Khorat, ein Handelszentrum für Reis und Vieh (rund 240 km nordöstlich von Bangkok) mit der südchinesischen Stadt Guangzhou ein solches Abkommen (XNA, 19.4.84). Zu den thailändischen Freundschaftsgesten gegenüber China gehört auch die Schenkung von Büdhastatuen (z.B. XNA, 25.8.84). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(9)

Vier Hauptaufgaben im Jahre 1985

In ihrem Leitartikel zum Neuen Jahr hat die "Volkszeitung" folgende vier Hauptaufgaben genannt, die im Jahre 1985 vorrangig in Angriff genommen werden sollen:

1. Beschleunigung der Reform des Wirtschaftssystems in den Städten bzw. auf dem industriellen Sektor.
2. Festlegung der Eckdaten des 7.Fünfjahrplans.
3. Fortsetzung der politischen Ausrichtung der Kommunistischen Partei Chinas am nachmaoistischen Reformkurs.
4. Personelle Neubesetzung der Führungsgremien aller Ebenen mit jungen Funktionären, die politisch verlässlich sind, einen korrekten Arbeitstil haben und die fähig und gebildet sind.

Bei allen vier Hauptaufgaben geht es dem Leitartikel des ZK-Organs zufolge um "ein zentrales Ziel", nämlich "die weitere Entwicklung der Produktivkräfte" - sprich: eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. (RMRB, 1.1.85) -sch-

*(10)

"Volkszeitung" veröffentlicht Deng-Rede: Weitere personelle Absicherung der politischen Kontinuität erforderlich

Das ZK-Organ "Volkszeitung" veröffentlichte am Neujahrstag eine Rede von Deng Xiaoping, die dieser auf der 3.Plenartagung der Zentralen Beraterkommission der KP Chinas am 22.Oktober 1984 gehalten hatte. In dieser Rede nahm Deng Xiaoping zu folgenden drei Themenkomplexen Stellung:

1. Kontinuität des nachmaoistischen Reformkurses,
2. Lösung der Hongkong-Frage und
3. wirtschaftliche Entwicklung (siehe zu diesem Punkt die betreffende Übersicht unter "Wirtschaft").

Deng Xiaoping bezeichnete das mangelnde Vertrauen in die Kontinuität des gegenwärtigen Kurses als ein "sehr großes Problem". Deng beschränkte diese Vertrauenskrise zwar ausdrücklich auf die ausländischen Betrachter der chinesischen Verhältnisse, doch aus dem Kontext der Rede wird deutlich, daß die Adressaten seiner Ausführungen primär die eigenen Landsleute sind. Deng hielt den Zweiflern im In- und Ausland entgegen, daß der neue Kurs populär sei - vor allem auf dem Land. Bei einer Kursänderung würde sich der Lebensstandard der Bauern sofort verschlechtern, und deshalb seien die 800 Mio. Bauern gegen eine Abkehr vom gegenwärtigen "korrekten" Kurs. Darüber hinaus habe er, Deng, seine Arbeit eingeschränkt, um den jüngeren Hu Yaobang und Zhao Ziyang die Führung der politischen Tagesarbeit zu überlassen. Doch die damit erneut als seine direkten Nachfolger bestätigten Hu Yaobang (69) und Zhao Ziyang (65) seien, so Deng, nun auch bald 70 Jahre alt. Deshalb forderte Deng im letzten Teil seiner Rede eine erhebliche Verjüngung aller Führungsgremien. Es gebe zwar gegenwärtig schon eine Reihe von sehr guten Führungskadern, die nur etwas älter als 50 Jahre seien, doch in 10 Jahren gehörten auch sie zum alten Eisen. Es komme deshalb jetzt darauf an, Funktionäre in den 30er und 40er Lebensjahren für künftige Führungsaufgaben heranzuziehen. In diesem Zusammenhang forderte Deng Xiaoping die "alten Genossen" energisch auf, ihre Posten zu räumen und sie für jüngere Kader freizumachen. Die Pensionierung der alten Kader sei "wahrlich keine leichte Angelegenheit", doch sie müsse durchgesetzt werden, damit die jüngeren Kräfte endlich nach oben kommen könnten. Anderenfalls besteht für Deng tatsächlich die Gefahr erneuter politischer Umwälzungen: "Wenn diese Frage nicht gelöst wird, dann werden in Zukunft große Probleme auftreten und dann wird man große Fehler begehen." (RMRB, 1.1.85)

Wie wichtig Deng Xiaoping die alsbaldige Regelung seiner politischen Nachfolge selbst im dritten und vierten Glied einschätzt, geht auch daraus hervor, daß er die Berufung von jungen, fähigen und politisch verlässlichen Kadern auf Führungspositionen für die wichtigste Maßnahme im Rahmen der im Oktober 1984 beschlossenen Reform des Wirtschaftssystems hält. Deng

gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß er sich nach einer Zeit des Übergangs schließlich vollständig von der politischen Arbeit zurückziehen könne: "Dann hätte ich meine Aufgabe erfüllt. Doch von der gegenwärtigen Lage her betrachtet, muß ich noch ein paar Dinge tun." (RMRB, 1.1.85) In diesem Zusammenhang wird von einer Reihe von ausländischen Betrachtern häufig nur das Amt des Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission erwähnt, das Deng innehat. Tatsächlich ist jedoch der Vorsitz der ZK-Militärkommission das weitaus wichtigere Amt, das Deng Xiaoping nach wie vor bekleidet. Es dürfte sogar die wichtigste politische Position in der Volksrepublik China darstellen und deshalb auch das Amt des ZK-Generalsekretärs an machtpolischer Bedeutung übertreffen. Solange Deng also den Vorsitz der ZK-Militärkommission innehat, hat er die Zügel in der Hand. -sch-

*(11)

9.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK

Der Ständige Ausschub des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 10. bis 21.Januar 1985 in Beijing zu seiner 9.Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen mehrere Wirtschaftsgesetze, von denen jedoch nur das Buchhaltungsgesetz endgültig verabschiedet wurde. Das lange erwartete Gesetz über Wirtschaftsverträge mit dem Ausland wurde überraschenderweise nicht verabschiedet. Die Ständige Konferenz des Staatsrats hatte den Gesetzentwurf bereits am 4.September 1984 verabschiedet und den Ständigen NVK-Ausschuß aufgefordert, die Beratungen des Gesetzentwurfs in Angriff zu nehmen. Seither ist der Entwurf mehrfach überarbeitet worden, ohne daß sich der Ständige NVK-Ausschuß zur Verabschiedung bereit erklärte. Allem Anschein nach stellt das Gesetz über Wirtschaftsverträge mit dem Ausland einen Zankapfel zwischen dem Staatsrat (Zentralregierung) und dem Ständigen Ausschub des Nationalen Volkskongresses (Parlamentsorgan) dar. (RMRB, 11.1.85)

Insgesamt faßte der Ständige Ausschub des VI.NVK auf seiner 9.Sitzung folgende Beschlüsse:

1. Einberufung der 3.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses für Ende März 1985 in Beijing. Die Vorverlegung der alljährlichen NVK-Plenartagung in das erste Vierteljahr soll in Zukunft zur Regel werden. Begründung: Der NVK erhalte damit im Bedarfsfall bessere Möglichkeiten, den Jahresplan und den Staatshaushalt noch rechtzeitig zu korrigieren (RMRB, 15.1.85). Auf der Tagesordnung der

diesjährigen NVK-Plenartagung werden folgende Punkte stehen:

- der Regierungsbericht;
- der Plan für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Jahre 1985;
- der Staatshaushalt für 1985;
- die "Gemeinsame Erklärung der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland über die Hongkong-Frage";
- der Entwurf des "Erbschaftsgesetzes der Volksrepublik China". (RMRB, 22.1.85)

2. Verabschiedung des "Gesetzes über Buchführung der Volksrepublik China" (Text in: RMRB, 23.1.85; siehe auch RMRB, 11., 13. u. 20.1.85).

3. Verabschiedung des Entwurfs des "Beschlusses über die Ermächtigung des Staatsrats, provisorische Verordnungen und Bestimmungen zur Reform des Wirtschaftssystems und zur außenwirtschaftlichen Öffnung zu erlassen" und Überweisung dieses Beschlusses an die 3. Tagung des VI. NVK zur weiteren Beratung (siehe RMRB, 11. u. 24.1.85).

4. Rückverweisung des Entwurfs des Erbschaftsgesetzes an die NVK-Gesetzeskommission zur Überarbeitung. Der abgeänderte Gesetzentwurf soll auf der nächsten Sitzung des Ständigen NVK-Ausschusses verabschiedet und dann an die 3. Tagung des VI. NVK zur endgültigen Beratung überwiesen werden (siehe RMRB, 11. u. 15.1.85).

5. Rückverweisung des Gesetzentwurfs über staatliche Industriebetriebe an die NVK-Gesetzeskommission, die den Entwurf in Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Finanzkommission und anderen hiervon betroffenen Stellen überarbeiten soll (siehe RMRB, 16. u. 17.1.85).

6. Rückverweisung des Gesetzentwurfs über Wirtschaftsverträge mit dem Ausland an die NVK-Gesetzeskommission, die den Entwurf in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Stellen überarbeiten soll (siehe RMRB, 11. u. 15.1.85).

7. Beschluß über die Erklärung des 10. September zum "Tag des Lehrers" (RMRB, 22.1.85; siehe auch RMRB, 16. u. 17.1.85).

8. Verabschiedung der Liste über die personelle Zusammensetzung von zehn NVK-Parlamentariergruppen zur Pflege der Freundschaft mit dem Ausland (RMRB, 22.1.85). Während

es chinesisch-ausländische Parlamentariergruppen u.a. mit Frankreich, Italien, England und der Europäischen Gemeinschaft gibt, ist eine chinesisch-deutsche Parlamentariergruppe in dieser Liste nicht aufgeführt (siehe auch RMRB, 18.1.85).

9. Verabschiedung der Berichte der Gesetzeskommission, der Wirtschafts- und Finanzkommission und der Kommission für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen des VI. NVK über die Behandlung von verschiedenen Anträgen, die von NVK-Abgeordneten auf der 2. NVK-Plenartagung eingebracht worden waren (RMRB, 16.1.85; vgl. RMRB, 17.1.85).

10. Ernennung von Yue Xiang zum Generalsekretär des Rechtsausschusses des Ständigen NVK-Ausschusses und von Frau Wang Zhuqian zu seiner Stellvertreterin. Der bisherige Generalsekretär Gu Angran wurde von diesem Posten entbunden, behielt jedoch den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsausschusses (RMRB, 22.1.85).

Darüber hinaus befaßte sich das Ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China mit folgenden Tagesordnungspunkten:

1. Bericht von Staatsratskommissar Gu Mu über die außenwirtschaftliche Öffnung von 14 Hafenstädten (siehe RMRB, 18.1.85).

2. Bericht von Erziehungsminister He Dongchang über das Bildungswesen (RMRB, 16.1.85; siehe auch RMRB, 17. u. 20.1.85).

3. Berichte von zwei NVK-Delegationen über die Wirtschaftsreform in den Provinzen Sichuan, Hubei und Jiangsu sowie in der provinzfremen Stadt Shanghai (RMRB, 21.1.85).

4. Schriftlicher Bericht von Außenminister Wu Xueqian über die Besuche von Staatspräsident Li Xiannian in Spanien, Portugal und Malta (RMRB, 18.1.85).

5. Schriftlicher Bericht über den Besuch einer NVK-Delegation in Birma und Thailand (RMRB, 18.1.85).

6. Schriftlicher Bericht über den Besuch einer NVK-Delegation in Tansania und Sambia (RMRB, 18.1.85). -sch-

* (12)

Neues ZK-Organ:

Führungsgruppe für Kaderausbildung

Im Rahmen der angestrebten Verbesserung des politischen, theoretischen und beruflichen Ausbildungsstands der Parteifunktionäre hat das Zentralkomitee der KP Chinas ein neues Führungsorgan eingerichtet: die "Führungsgruppe des Zentralkomitees für die Kaderausbildung" (zhongyang ganbu jiaoyu gongzuo lingdao xiaozu). Leiter der Gruppe wurde Propagandachef Deng Liqun. Zu seinen Stellvertretern wurden Yuan Baohua, Du Runsheng, Wang Zhaohua und Zeng Delin berufen. (RMRB, 11.1.85) -sch-

* (13)

Direktwahlen auf Kreis- und Gemeindeebene abgeschlossen

Die zweiten Direktwahlen zu den Volkskongressen auf Gemeinde- und Kreisebene wurden bis Ende Dezember 1984 - mit Ausnahme von 10 Kreisen - in allen 2.805 Verwaltungseinheiten auf Kreisebene abgeschlossen (RMRB, 31.1.85). Die ersten Direktwahlen hatten 1980/81 stattgefunden. -sch-

* (14)

Ablösung der Volkskommunen als staatliche Verwaltungseinheiten fast abgeschlossen

Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung zufolge ist die Ablösung der Volkskommunen als staatliche Verwaltungseinheiten durch Gemeinden (xiang) "im wesentlichen" abgeschlossen. Bis Ende 1984 wurden über 84.340 Gemeinden gebildet, darunter mehr als 2.700 Nationalitätengemeinden. Sie lösten über 98% der bestehenden Volkskommunen, d.h. rund 53.470, als unterste staatliche Verwaltungseinheiten ab. Darüber hinaus wurden auf der ersten Selbstverwaltungsebene mehr als 822.000 administrative Dörfer geschaffen, die an die Stelle der rund 720.000 früheren Produktionsbrigaden getreten sind. Die Ablösung der Volkskommune als unterste staatliche Verwaltungseinheit durch die Gemeinde ist bereits in 28 der 29 Provinzen, Autonomen Gebiete und provinzfremen Städte vollständig abgeschlossen worden. Allein in Tibet konnte die Verwaltungsreform noch nicht beendet werden. (RMRB, 23.1.85; XNA, 7.1.85; siehe auch P. Schier, "Veränderungen im Verwaltungssystem der Volksrepublik China", in: C.a., Juli 1984, S.392-398) -sch-

* (15)

Neue Führung der Bewaffneten Volkspolizei

Bereits im Oktober 1984 erhielt die Bewaffnete Volkspolizei (BVP) eine neue Führungsspitze: Neuer

BVP-Kommandeur wurde Li Lianxiu, über dessen Biographie keine Angaben vorliegen. Der Minister für Öffentliche Sicherheit, Liu Fuzhi, und Li Zhenjun wurden als 1. Politkommissar bzw. als Politkommissar der Bewaffneten Volkspolizei in ihren Ämtern bestätigt. (Radio Beijing, 27.10.84, nach SWB, 2.11.84) -sch-

*(16)

50. Jahrestag der Zunyi-Konferenz: Kampf gegen "linke" Fehler und für eine sozialistische Revolution chinesischer Prägung

Die Kommunistische Partei Chinas beging am 17. Januar 1985 den 50. Jahrestag der Konferenz von Zunyi (Provinz Guizhou), die während des sogenannten "Langen Marsches" vom 15. bis 17. Januar 1935 stattgefunden hatte. Auf der Zunyi-Konferenz war ein parteioffiziell als "links" eingestuftes Kurs korrigiert und die Führung Mao Zedongs über die KP Chinas und die Rote Armee etabliert worden.

In seiner Rede auf der zentralen Gedenkfeier in Beijing bezeichnete der Generalsekretär der ZK-Militärkommission, Politbüromitglied Yang Shangkun, die Zunyi-Konferenz als "zweiten großen Wendepunkt in der Geschichte unserer Partei". Der erste Wendepunkt sei die Errichtung einer ländlichen revolutionären Basis im Jinggang-Gebirge gewesen, nachdem die Revolution mit der Arbeiterschaft in den Städten 1927 gescheitert war. Den dritten Wendepunkt stelle, so Yang Shangkun, schließlich die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 dar, auf der die antimaoistische Koalition unter der Führung von Deng Xiaoping den ersten entscheidenden Sieg über die maoistische Restfraktion errang und dem Wirtschaftsaufbau im Parteiprogramm absolute Priorität einräumen konnte. (RMRB, 18.1.85)

In das gleiche Horn stieß der Leitartikel der "Volkszeitung" vom 15. Januar, in dem die 3. Plenartagung vom Dezember 1978 als "die Zunyi-Konferenz der sozialistischen Periode" bezeichnet wurde: Während die Zunyi-Konferenz die "linke" Linie Wang Mings gründlich beseitigt habe, sei auf der 3. Plenartagung des XI. ZK eine umfassende Abkehr vom "linken" Kurs der Kulturrevolution vollzogen worden.

In den Ergebnissen der Zunyi-Konferenz ortete Yang Shangkun in seiner Rede noch einen weiteren Anknüpfungspunkt für die heutige politisch-ideologische Auseinandersetzung: Die Zunyi-Konferenz habe nämlich in der Partei zu der Erkenntnis geführt, daß die chinesischen Revolutionäre von der eigenen konkreten Situation ausge-

hen und unter der Führung des Marxismus-Leninismus einen eigenen Weg einschlagen müssen. Diese "blutige" Lehre aus den "linken" Fehlern der Vergangenheit hat - Yang Shangkun zufolge - immerwährende Gültigkeit: "Wir müssen zu jeder Zeit strikt das Prinzip verfolgen, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der Praxis der Revolution und des Aufbaus in China zu verbinden, um einen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen und für die Verwirklichung der Vier Modernisierungen fleißig zu kämpfen." (RMRB, 18.1.85) -sch-

*(17)

Flugzeugunglück fordert 38 Tote

38 Todesopfer und drei Schwerverletzte forderte die Bruchlandung eines Flugzeugs der staatlichen Fluggesellschaft CAAC auf dem Flughafen von Jinan, der Provinzhauptstadt von Shandong, am 18. Januar 1985. An Bord der Maschine vom Typ Antonov-24 befanden sich 34 Passagiere und die siebenköpfige Crew. Unter den Todesopfern sind zwei US-Amerikaner, ein Brite und drei Hongkong-Chinesen. Vizepremier Li Peng forderte die CAAC auf, alles zu unternehmen, um eine Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhindern. Li sprach in diesem Zusammenhang von "subjektiven Faktoren", die die Bruchlandung verursacht hätten und denen die CAAC Aufmerksamkeit schenken müsse. Die für das Unglück Verantwortlichen müßten zur Rechenschaft gezogen werden, forderte Li Peng. (RMRB, 20.1.85; XNA, 19., 24. u. 25.1.85)

Mangelnde Flugsicherheit, Unpünktlichkeit und schlechter Service sind der CAAC in der Vergangenheit bereits mehrfach von verschiedener Seite vorgeworfen worden. -sch-

KULTUR

*

*

*(18)

Reformprogramm der Akademie der Wissenschaften

Auf einer Arbeitskonferenz der Akademie der Wissenschaften, die vom 6.-13.1.1985 in Beijing stattfand, wurde ein umfangreiches Reformprogramm erörtert. Laut Fang Yi, der auf der Abschlusssitzung sprach, stellt die Reform der Wissenschaftsverwaltung in diesem Jahr eine der Hauptaufgaben des Staates dar, und hierbei nehme die Reform des Wissenschaftsbetriebes an der Akademie der Wissenschaften eine Vorreiterfunktion ein.

Priorität hat die Reform des Verwaltungssystems der Akademie, und

hier vor allem die Reform der finanziellen Zuwendungen. Künftig sollen nicht mehr alle Institute gleichermaßen vom Staat finanziert werden, sondern die Finanzquellen sollen diversifiziert werden. Wie der Vizepräsident der Akademie, Yan Dongsheng, erläuterte, soll die wissenschaftliche Forschung auf zweierlei Weise finanziert werden: einmal durch staatliche Zuwendungen, zum anderen über das Vertragssystem. Staatliche Zuwendungen würde es künftig nur für die besten, notwendigen und wichtigen Projekte geben, die für den wirtschaftlichen Aufbau von Bedeutung sind, außerdem für die Grundlagenforschung. So würde die Forschung durch Wettbewerb belebt (RMRB, 7.1.85).

Die Finanzierung über das Vertragssystem beinhaltet, daß sich die Forschung aus der Wirtschaft finanziert. Fang Yi sagte, es gehe nicht länger an, daß der Staat die gesamte Forschung finanziere und die Verbraucher die Forschungsergebnisse umsonst bekämen. Er rief dazu auf, die Forschungsergebnisse der angewandten Forschung und der Technik zu vermarkten und an die Verbraucher zu verkaufen. Zu diesem Zwecke sollten die Institute enger mit den örtlichen Stellen, mit Betrieben und Hochschulen zusammenarbeiten und mehr Kompetenzen erhalten (GMRB, 14.1.85).

Einen Weg, wie Forschung und Produktion enger miteinander zu verbinden seien, wies Yan Dongsheng, als er den Beschluß der Akademie bekanntgab, nach dem es Akademieinstituten gestattet werden soll, Firmen zu betreiben, über die die Forschungsergebnisse nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten an die Wirtschaft verkauft werden sollen. Auf diese Weise sollen die Forschungsergebnisse schneller an die Verbraucher gelangen, und die Forschung könnte sich aus den Erträgen finanzieren. Allerdings sollte es sich bei diesen Firmen nicht um normale Betriebe handeln, vielmehr hätten sie ihre eigenen Charakteristika, und das Forschungsinstitut bleibe immer das Rückgrat (RMRB, 7.1.85). Hinsichtlich der Form führte Yan mehrere Möglichkeiten an: Entweder würde die Firma ganz beim Institut bleiben oder sie würde sich selbstständigen und ein unabhängiges Unternehmen werden oder die Firma würde sich so entwickeln, daß sie das Institut betreiben könne (RMRB, 7.1.85).

Ein weiterer Schwerpunkt der Reform liegt auf der Personalpolitik. Hier sollen vor allem Wissenschaftler mittleren und jüngeren Alters in die Forschungs- und Verwaltungspositionen aufrücken. Jün-